

Die Graphische Presse

Organ für die Interessen der Lithographen, Chemigraphen, Stein-, Licht-, Kupfer-, Wachstuch- und Tapetendrucker und verwandte Berufe.

Abonnement.

Die Graph. Presse erscheint jeden Freitag. Abonnementspreis 1,- Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

M. Obler, Leipzig-Lösung, Lobstädtstr. 1.
 Druck, Verlag und Expedition: Conrad Müller, Sebnitz.
 Redaktionsschluss: Dienstag.

Insertion.

Für die dreigespaltene Pettizelle oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Verlagsmitgliedern 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Deutsche Arbeiterfürsorge.

Der Reichskanzler von Bülow hat an den Vorstand des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, den Generalleutnant von Liebert, folgende Sylvester-Epistel gerichtet, die die Stellungnahme der Regierung zum gegenwärtigen Wahlkampfe bekunden soll:

»Obgleich es ferner keinen Staat gibt, der mehr für die Gegenwart und Zukunft der Arbeiter, für ihre materiellen und geistigen Bedürfnisse getan hätte, als das Deutsche Reich, — obgleich die deutschen Arbeiter die bestgebildetsten der Welt sind, halten doch Millionen bewusst oder als Mitläufer zu einer Partei, die den Staat und die Gesellschaft von Grund aus umwälzen will. Von solchem Drucke muss sich das deutsche Volk freimachen.«

Wir haben vor wenigen Wochen die Kollegenchaft aufgefordert, für die Wahl von Sozialdemokraten einzutreten. Wir taten dies in dem vollen Bewusstsein, dass sich die organisierte Arbeiterschaft damit in einen schroffen Gegensatz zur Regierung stellt und dass die gesamte Gegnerschaft nicht säumen wird, unsere Gewerkschaften als sozialdemokratische zu denunzieren. Das hat sie aber auch schon früher getan, als wir die neutrale Stellung unserer Organisation vor aller Öffentlichkeit vertraten und selbst dann, als eben dieser Stellung wegen die Gewerkschaften aus sozialdemokratischen Kreisen lebhaft angegriffen wurden. Wir mögen uns zur Sozialdemokratie stellen, wie wir wollen, wir sind und bleiben deshalb doch die »sozialdemokratische« Gewerkschaft, nicht bloss, weil die meisten unserer Mitglieder Sozialdemokraten sind, sondern weil unsere Organisation kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne fordert und zu erkämpfen weiss, weil sie auf dem Boden des Klassenkampfes steht, anstatt dem Trugbild einer Interessen-Harmonie von Unternehmern und Arbeitern nachzuhängen. In gleichem Sinne werden ja auch schon christliche Gewerkschaften als »sozialdemokratische« bezeichnet, die zwar den Klassenkampf in der Theorie schmähen, aber um seine Praxis nicht herumkommen. Sei es also drum. Wir werden den Hass der politischen Gegner der Sozialdemokratie noch zu ertragen wissen, und wenn einige sozialpolitische Freunde der Gewerkschaften den letzteren die Freundschaft in aller Form aufkündigen, so wird das auch noch zu verschmerzen sein. Was aber den Gegensatz zur Regierung anbelangt, so hat gerade die arbeiterfeindliche Politik der Regierungen am meisten dazu beigetragen, die Arbeiter ins sozialdemokratische Lager hineinzutreiben. Die Politik der Lebensmittelverteuerung, die Verkümmern der Volksrechte, der Klassenjustiz und der Volksverdummung hat der Sozialdemokratie Millionen von Stimmen zugeführt; sie ist es auch, die die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft um ihrer Selbsterhaltung willen zwingt, Gegner dieser Regierung zu wählen.

Eine Regierung, die ein Anti-Gewerkschaftsgesetz nach russischem Muster dem Reichstage vorlegen konnte, dazu bestimmt, die Gewerkschaften im Paragraphenkampfe mit Behörden und Gerichten aufzureiben, — eine solche Regierung kann von der Arbeiterschaft kein Vertrauen fordern!

Um so verwunderlicher klingt es, dass Bülow in so hohen Tönen die Arbeiterfürsorge des Deutschen Reiches rühmt und die Gründe, die die Millionen von Arbeitern zu Mitkämpfern der Sozialdemokratie machen, nicht begreifen will. Wenn es wahr wäre, dass das Deutsche Reich mehr als irgend ein Staat der Welt für die materiellen und geistigen Bedürfnisse der Arbeiter getan hätte, dann wäre die deutsche Arbeiterschaft, diese »bestgebildetste der Welt«, töricht, einer Partei nachzulaufen, die die gegenwärtigen Zustände von Grund aus bekämpft. Da nun aber die Unzufriedenheit der Arbeiter mit diesen Zuständen in so raschem Masse wächst, dass Herr von Bülow sich nicht anders mehr als mittels des Reichsverbandes zu helfen weiss, so muss es doch wohl mit dem offiziellen Lob der deutschen Arbeiterfürsorge nicht ganz stimmen. Prüfen wir also, wie es mit der materiellen und geistigen Arbeiterfürsorge des Deutschen Reiches bestellt ist.

Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wurden im Jahre 1904 für die gesamten Krankheitskosten 213931462 Mk. verausgabt (pro Mitglied 19,97 Mk.). Die Gesamteinnahmen der Krankenkassen betragen in diesem Jahre 246005055 Mk., davon aus Beiträgen und Eintrittsgeldern 230685129 Mk. Von diesen 260 Millionen Mark hat die Arbeiterschaft mindestens 160 Millionen Mark aus eigener Tasche aufgebracht, etwa 70 Millionen Mark sind aus Beiträgen der Arbeitgeber geflossen, die sie ebenfalls an den Arbeitern verdient haben; das Reich hat indes keinen Pfennig dazu gegeben. Nur bei der Gemeindeversicherung stellen die Gemeinden die Verwaltung unentgeltlich, dafür ist diese Art der Krankenversicherung auch die leistungsunfähigste und rückständigste, die sich zugleich der geringsten Sympathien der Arbeiterschaft erfreut.

Auf dem Gebiete der Unfallversicherung wurden 1904 insgesamt 164132886 Mk. verausgabt, davon 126641740 Mk. für Entschädigungsbeträge, Heil- und Beerdigungskosten (pro Kopf der Versicherten 6,37 Mk.). Hier werden die gesamten Kosten von den Unternehmern getragen; das Reich leistet dazu keinen Pfennig Zuschuss (abgesehen vom Etat des Reichsversicherungsamtes).

Für Invaliden- und Altersversicherung der Arbeiter wurden 1904: 117100511 Mark aufgewendet, davon 103080253 Mk. für Entschädigung (pro Versicherter im Durchschnitt 7,94 Mk.). Die Gesamteinnahmen betragen im gleichen Jahre 193224977 Mk. davon aus Beiträgen 154087799 Mk. Die letzteren sind je zur Hälfte von den Versicherten und deren

Arbeitgebern aufgebracht, so dass also 77043900 Mark von den Entschädigungsbeträgen aus Beiträgen der Arbeiter geflossen sind (ungerechnet die Selbstversicherten, die den vollen Beitrag selbst leisten). Bei dieser Versicherung leistet das Reich einen Zuschuss zu jeder einzelnen Rente in Höhe von 50 Mk., der 1904 den Gesamtbetrag von 45125431 Mk. (pro Versicherter 3,48 Mk.) erreichte.

In allen drei Versicherungszweigen wurden also für das materielle Wohl der Arbeiter aufgewendet:

Ver-sicherung	Ausgabe für Entschädigung Mk.	Beiträge der		
		Arbeiter Mk.	Arbeitgeber Mk.	Reich Mk.
Kranken-Unfall-Invaliden-	213931462 126641740 148205684	160012729 77043900	70670992 77043900	— 45125431
Insges.	488778886	237056629	296146113	45125431

Um also den erkrankten, verletzten und arbeitsunfähig gewordenen Arbeitern 488 1/4 Millionen Mark Unterstützung und Heilkosten etc. zu zahlen, mussten die Arbeiter 237 Millionen Mark (41,0 Proz.) aus eigener Tasche aufbringen; 296 Millionen Mark (51,2 Proz.) verauslagte das Unternehmertum für die Arbeiter und 45 Millionen Mark (7,9 Proz.) steuerte das Reich dazu. Im Gesamtdurchschnitt entfällt auf jeden Versicherten eine Unterstützung von 33,67 Mk. pro Jahr oder 9,22 Pf. pro Tag, wovon im Verhältnis der Beitragsleistung die Arbeiter 3,77 Pf. selbst aufbrachten, die Unternehmer 4,78 Pf. verauslagten und das Reich 0,67 Pf. täglich für jeden Versicherten hinzusteuer. Um Missverständnissen vorzubeugen, wählen wir für die Leistungen der Unternehmer den Ausdruck »verauslagern«; in Wirklichkeit zahlt auch kein Unternehmer die Versicherungsbeiträge aus seiner Privatschatulle, sondern er entnimmt sie den Betriebsergebnissen, die ihm seine Arbeiter »erarbeiten« müssen. Richtig ausgedrückt handelt es sich auch hierbei um Arbeiterbeiträge. Auf 2/3 Pf. pro Tag reduziert sich also der gesamte Zuschuss des Reiches zu den materiellen Bedürfnissen des einzelnen versicherten Arbeiters, während die Arbeiter mehr als das Fünffache aus eigenen Mitteln und das Zwölfwache aus dem Ertrage ihrer Arbeitskraft aufbringen müssen. So sieht es also auf dem Gebiete der amtlichen Sozialpolitik aus. Gewiss tritt das, was die Arbeiter aus freier Initiative leisten, an Bedeutung hinter die Gesamtleistungen der Zwangsversicherung zurück, die ebenso viele Millionen von Arbeitern umfasst, als die Gewerkschaften Hunderttausende. Aber diese Hunderttausende haben neben den Leistungen der Zwangsversicherung in den Gewerkschaften ein Unterstützungswesen geschaffen, das im gleichen Jahre 1904: 11,1 Millionen Mark für Unterstützungszwecke verausgabte. Neben den 3 3/4 Pf. Beiträgen pro Tag für die Arbeiterversicherung brachte jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter noch 7,2 Pf. für Gewerkschaftszwecke

auf, von denen 2,9 Pf. direkten Unterstützungszwecken zugewendet wurden.

Und nun betrachten wir einmal, was das Reich den Arbeitern für die zwei Drittel eines Pfenning, den es ihnen täglich schenkt, wieder nimmt. An Zöllen und Verbrauchssteuern muss das deutsche Volk nach dem Etat für 1907/08 967,6 Millionen Mark aufbringen, das ist pro fünfköpfige Familie ein Betrag von 85 Mk. Da es sich bei den Reichsteuern vorzugsweise um Lebensmittelsteuern (Getreide, Salz, Petroleum, Kaffee, Fleisch, Tabak, Bier, Branntwein) handelt, um die »Luxusgegenstände der grossen Masse«, wie Bismarck sie 1875 im Reichstage bezeichnete, und da ferner die zahlreichsten Familien in Arbeiterkreisen zu finden sind, so ist anzunehmen, dass die Reichsteuern den Arbeiterhaushalt eher noch stärker belasten. Das ist aber nur ein Teil der Abgaben des Arbeiterhaushalts. Die deutschen Zölle sind Schutzzölle; sie verteuern nicht nur das vom Ausland hereinkommende Getreide, Fleisch und sonstige Produkte, sondern auch das inländische, wofür der Konsument einen gleichen Tribut an den Junker und Grundbesitzer zahlen muss. Nach den Normalrationen der Marineverwaltung soll ein Mann pro Woche je 800 Gramm Rind- oder Hammelfleisch und 750 Gramm Schweinefleisch erhalten. Berechnet man den Verbrauch einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie nur auf das dreifache Quantum, so so beträgt die Mehrbelastung dieses Arbeiterhaushaltes infolge der Fleischteuerung pro Jahr 80,77 Mk., ungerechnet die Mehrausgaben für Fleischwaren. Dazu kommt, dass der Kleinhändler eine weitere Belastung der kleinsten Konsumenten mit sich bringt.

So drückt also die Zoll- und Steuergesetzgebung des Reiches zugleich auf Lohnhöhe und Lebenshaltung der Arbeiter. Für die 3,48 Mark, die das Reich dem Arbeiter jährlich in Gestalt eines Zuschusses schenkt, nimmt es ihm im Wege der Lebensmittelvertéuerung das Hundertfache wieder ab, und wenn dieser Betrag nicht erreicht wird, so ist dies der Einschränkung der Lebenshaltung der Arbeiter geschuldet, die das Fleisch bereits zum wirklichen Luxusgegenstand der grossen Masse des Volkes gemacht hat und die besseren Lebensmittel durch billigere, schlechtere ersetzt.

Ueberdies nimmt das Reich den Arbeitern nicht bloss von dem, was diese konsumieren, sondern auch ganz direkt von dem, was es ihnen »schenkt«. Als im Jahre 1903 die Heeresausgabe von 659 Millionen Mark (1902) auf 742 Millionen Mark und die Marineausgaben von 224 Millionen auf 265 Millionen Mark stiegen, da suchte die Regierung zu sparen, und sie fand heraus, dass die invaliden Arbeiter zu viel erhielten. Es waren 1902 142780 Invalidenrenten und 1903 sogar 152871 bewilligt. Da fand man glücklich heraus, dass es Invalidenrentner gäbe, die etwas mehr als ein Drittel der früheren Erwerbsfähigkeit besaßen und flugs wurde diesen Invaliden die Rente entzogen, wodurch das Reich in jedem Falle 50 Mark sparte, die armen Leute aber auch um die Rente kamen. Das Reich sparte in den letzten drei Jahren 4,2 Millionen Mark, und den armen Leuten wurden zirka 10 Millionen Mark Renten »erspart«.

Das ist die Arbeiterfürsorge des Deutschen Reiches, das mehr als ein anderer Staat der Welt für die materiellen und geistigen Bedürfnisse der Arbeiter getan haben will. Für die geistigen Bedürfnisse sorgte wohl das preussische Volksschulgesetz, das die Volksschule unter den verpfändenden Einfluss der Kirche stellte. Für andere Kulturaufgaben liess die wahnsinnige Heeres- und Marinerüstung, die Kolonial- und Weltmachtspolitik leider kein Geld mehr übrig.

Das ist das Deutschland, das auf dem Gebiete der Sozialpolitik an der Spitze der Nationen marschiert!

Wie sieht es nun in den übrigen Ländern aus? Wir geben aus einem vergleichenden Zahlenmaterial die Löhne einiger Arbeitergruppen in den vier Staaten Deutschland, Frankreich, Grossbritannien und Vereinigte Staaten wieder. Die Zusammenstellung lässt erkennen, dass fast überall die Entlohnung der Arbeits-

kraft in Deutschland die schlechteste ist. Danach wurden 1903 an Stundenlöhnen gezahlt:

	Vereinigte Staaten Mk.	Grossbritannien Mk.	Frankreich Mk.	Deutschland Mk.
Maurer	2,19	0,82	0,53	0,53
Steinmetzen	1,83	0,83	0,58	0,53
Schriftsetzer	1,79	0,72	0,52	0,56
Zimmerer	1,44	0,81	0,62	0,52
Maler	1,38	0,71	0,50	0,48
Schmiede	1,18	0,70	0,65	0,49
Ungelernte	0,67	0,41	0,39	0,32

Dabei ist die Arbeitszeit fast durchweg kürzer als in Deutschland. Es betrug die wöchentliche Arbeitsdauer in den vorgenannten vier Staaten:

	Vereinigte Staaten Std.	Grossbritannien Std.	Frankreich Std.	Deutschland Std.
Maurer	56,2	53,6	51,5	60,0
Steinmetzen	49,4	50,1	66,0	56,5
Schriftsetzer	49,8	50,0	60,0	51,1
Zimmerer	49,4	50,1	60,0	55,3
Maler	49,0	51,0	60,0	56,2
Schmiede	56,6	53,0	60,2	59,9
Ungelernte	56,4	52,5	60,0	56,3

Die durchschnittliche Einnahme einer amerikanischen Arbeiterfamilie (im Durchschnitt 4,88 Köpfe stark) betrug 2989 Mk., die Jahresausgabe 2796 Mk. Von den Ausgaben entfallen auf Nahrung 1251,68 Mk., auf Kleidung 379,96 Mark und auf Miete 473,60 Mk. im Durchschnitt. Die Untersuchung von 19000 Arbeitermietenwohnungen ergab eine Durchschnittsgrösse von 4,67 Räumen zum Preise von 466,20 Mk. Wo fände der deutsche Arbeiter für diesen Preis eine solche Durchschnittswohnung? In Berlin kostete im Jahre 1900 eine Wohnung von zwei Zimmern und Küche schon 425 Mk. und eine Wohnung, die aus einem einzigen Raum bestand, 232 Mk.! Noch günstiger stellt sich das Verhältnis mit den Eigenhäusern der Arbeiter, auf die im Durchschnitt 5,12 Räume entfallen. Dabei wird angegeben, dass mehr als ein Fünftel der Arbeiter in Eigenhäusern wohnen. In Berlin müsste eine Arbeiterfamilie, die nur eine halb so grosse Wohnung erschwingen will, als die meisten amerikanischen Arbeiterfamilien, mindestens 2500 Mk. jährlich verdienen. Aber 93 Proz. der eingeschätzten Personen in Berlin hatten nicht einmal 2000 Mk. Einkommen. »Trotzdem ein amerikanischer Arbeiter kaum mehr anlegt, als eine kinderreiche Familie, die in Berlin noch halbwegs menschenwürdig wohnen will, kommen auf jede Familie 4 bis 6 Räume und auf jede Person ein Raum«, schreibt Heiss.

Zu beachten ist auch, dass die meisten Nahrungsmittel in den Vereinigten Staaten nicht teurer, sondern wesentlich billiger sind als in Deutschland. So kostete 1 Pfund (450 Gramm) Rindfleisch in New York 41 bis 81 Pf., in St. Louis 35 bis 64 Pf., Schweinefleisch 48 bis 53 Pf. bzw. 30 bis 57 Pf.; die höheren Preise entsprechen dabei den besten Fleischsorten. Das durchschnittliche Jahresbudget einer Arbeiterhaushaltung (von 4,88 Köpfen im Durchschnitt) wies folgenden Verbrauch auf: Ochsenfleisch 349,7 Pfd. frisch, 48,6 Pfd. gesalzen; Schweinefleisch 114,2 Pfd. frisch, 110,5 Pfd. gesalzen; Butter 117,1 Pfd.; Mehl 630,8 Pfd.; Zucker 168,5 Pfd.; Kaffee 46,8 Pfd.; Milch 354,5 Quart; Brot 252,7 Laibe. 623 Pfund Fleisch pro Jahr für eine Arbeiterfamilie, täglich 1,7 Pfund, — wo ist in Deutschland auch nur eine Arbeiterfamilie, die dieses Ernährungs-niveau zu erhalten vermöchte, das den Durchschnitt der Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiterfamilien bezeichnet?

1,7 Pfund Fleisch jeden Tag! Muss sich da nicht der Neid eines deutschen Familienvaters regen, der blutenden Herzens seinen Kindern und sich selbst dieses Nahrungsmittel versagen muss, weil man es für die Seinen zu einem Leckerbissen gemacht hat, und zugleich der Hass gegen eine Gesellschaftsordnung, die sich solchergestalt an der arbeitenden Bevölkerung versündigt?

An diesen Zahlen lässt sich erst ermesnen, was Deutschland für seine Arbeiter getan hat, indem es ihnen die Lebenshaltung systematisch verteuerte und verkümmerte, um Milliarden für Militär- und Weltmachtzwecke und aber-

mals Milliarden für die Junker und Schlotbarone herauszupressen. »Heraus-zupressen« in des Wortes vollster Bedeutung, — einen anderen Ausdruck gibt es nicht für Abgaben, die der Arbeiter bei Strafe des Hungers zahlen muss.

Wenn trotzdem die deutschen Arbeiter als die intelligentesten der Welt bezeichnet werden, — wir sind bescheiden genug, in dieses Lob nicht einzustimmen, — so danken sie ihre heutige Stellung in nichts den Regierungen und den herrschenden Klassen, sondern einzig und allein der mehr als 40jährigen politischen und gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit in Organisation und Kampf, die mit dem Wirken der Sozialdemokratie unlöslich verknüpft ist. Aus eigener Kraft ist die deutsche Arbeiterklasse geworden, was sie ist, und in stetem Kampfe gegen das offizielle deutsche Reich, hat sie diese Stellung errungen. Und so beschämenswert der Vergleich der Lebenshaltung der deutschen Arbeiter gegenüber denen anderer Staaten ausfällt, — selbst dieses Niveau gönnt die herrschende Klasse den Arbeitern nicht, sondern sucht es durch ihre Politik der Volksausbeutung, Volksentrechtung und Volksverdummung herabzudrücken. Sehr richtig schreibt Herr von Bälow:

»Von solchem Druck muss das deutsche Volk sich frei machen!« Deshalb wählen die Millionen deutscher Arbeiter am 25. Januar Sozialdemokraten!

Bekanntmachungen.

Von verschiedenen Mitgliedschaften wurden uns Statut-Änderungsanträge eingereicht. Wir bitten, von Stellung solcher Anträge so lange absehen zu wollen, bis uns das Reichsgerichtsurteil nebst Begründung schriftlich vorliegt. Erst dann können wir in allem klar sehen und werden unter Mitwirkung von Juristen eine entsprechende Statutvorlage bringen, zu welcher wir bitten Stellung zu nehmen. Die Stellung von Anträgen ist an eine Frist nicht gebunden, da eine ausserordentliche Generalversammlung bevorsteht.

Die für Pfingsten 1906 projektiert gewesene Lithographen-Konferenz, welche wegen der Aussperrung verlagert wurde, soll gelegentlich der Generalversammlung und zwar vorher, am 22. und 23. Februar 1907 in Hannover stattfinden.

Als provisorische Tagesordnung wurde festgesetzt: 1. Geschäftliches. 2. Agitation und Organisation; a) unter den Lithographen, b) unter den Kartographen, c) unter den graph. Zeichnern. 3. Akkord- und Heimarbeit. 4. Privatlithographie. 5. Lehrlingsfrage. 6. Arbeitsnachweis. 7. Verschiedenes.

Etwaige Anträge zur Tagesordnung oder zur Erweiterung derselben wollen man uns baldigst mitteilen. Alle weiteren Mitteilungen, Wahl der Delegierten etc. sind in dem an alle Vorstände versandten Zirkular behufs Stellungnahme zur Generalversammlung enthalten.

Der Hauptvorstand.

Tarifausschuss für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker.

Am 8. Januar verschied plötzlich Herr August Spiess,

der stellvertretende Vorsitzende des Tarifausschusses für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker, dem gleichzeitig das Amt des Prinzipalvertreters für den I. Tarifkreis übertragen war. Der Tarifausschuss hat durch das Dahincheiden des so früh Verstorbenen einen grossen Verlust erlitten, denn der Verstorbene war nicht nur an der Schaffung der heute im chemigraphischen Gewerbe bestehenden Tarifgemeinschaft in hervorragender Weise betätigt, sondern er hat fortgesetzt für Ausbreitung des Tarifwesens seine ganze Kraft in den Dienst unserer Sache gestellt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer in unserem Gewerbe sind an dem Verlust dieses Mannes gleichbeteiligt, und werden ihm deshalb ein dauerndes Andenken bewahren.

Berlin, 9. Januar 1907.

Georg W. Büxenstein,
Prizipals-Vorsitzender.

Max Sahn,
Gehilfen-Vorsitzender.

Berlin-Lichtdrucker. Die Firma Stern & Schiele hat am 1. Januar 1907 die Prämiennarbeit abgeschafft und jedem Drucker 5 Mk. Zulage bewilligt.

Görlitz. In Firma Hoffmann & Reiber wurde für Lithographen anstatt der bisherigen 9stündigen die 8 1/2 stündige Arbeitszeit eingeführt.

Die Gewerkschaften und der Wahlkampf.

Ueber dieses Thema veröffentlichte Genosse Paul Umbreit in Heft 13 des 3. Bandes der »Neuen Gesellschaft« einen Artikel, der in No. 1 der »Graph. Presse« wegen seines beherzigenswerten Inhalts nachgedruckt wurde. Es wird darin die Notwendigkeit für die Gewerkschaften nachgewiesen, trotz ihres an und für sich rein wirtschaftlichen, keineswegs politischen Charakters, im Wahlkampf Stellung zu nehmen und die »Arbeiterwähler darüber aufzuklären, was bei dieser Wahl auf dem Spiele steht.« Der Artikel setzt sodann mit dieser Aufklärungsarbeit tatkräftig ein, indem er unter Bezugnahme auf die fortwährende Bedrohung der Arbeiterorganisationen mit Vereins- und Antigewerkschaftsgesetzen, die parteiliche Handhabung der bestehenden Gesetze zuungunsten der Gewerkschaften, die stetig steigende kriminal- und zivilrechtliche Verfolgung der Verbände und ihrer Führer die wahren Absichten der Regierung enthüllt. Den Gewerkschaften soll der Lebensnerv durchschnitten und jede Möglichkeit genommen werden, gegen die Schützlinge der Regierung zugunsten der Arbeiterschaft Erfolge zu erringen. Zum eigenen Schutze müssen daher durch die Gewerkschaften die Mitglieder massen aufgeklärt und für die Wahl mobil gemacht werden! Die Verbände können aber über die Aufklärungsarbeit in dieser Richtung hinaus aufklärend tätig sein, indem sie die Arbeiter darauf hinweisen, wie wichtig die Wahl für sie nicht nur als Gewerkschaftsmitglieder, sondern auch als Staatsbürger und Steuerzahler, als Hauptglieder der Versicherungsgesetzgebung, als Konsumenten usw. ist. In dieser Richtung möchte ich die Umbreit'schen Ausführungen, die es bei der Aufklärung über die Stellung der Regierung zu den Gewerkschaften bewenden lassen, ergänzen. Dabei würde in knappen Zügen zu untersuchen sein, welche Stellung das Gewerkschaftsmitglied in seiner Eigenschaft als Staatsbürger etc. zu den allgemeinen politischen Fragen einnehmen könnte.

Fangen wir gleich bei Heer und Marine an. Angeblickt um das Vaterland vor Feinden zu schützen, verpulvert man die Steuergroschen des Volkes in endlosen Rüstungen, zwingt man seine Söhne in den militärischen Drill. Dabei haben die Völker aller Länder nicht das geringste Interesse daran, sich im Kriege gegenseitig zu zerfleischen. Die Herrschenden sind es, die oft aus ganz nichtigen Ursachen im Interesse einer kleinen Gruppe einflussreicher Leute, die ungeheure Vorteile daraus ernten, das Gespenst des Völkermassenmordes heraufbeschwören, durch das Menschenleben vernichtet, Familien ihrer Ernährer, Eltern ihre Stützen beraubt werden. Krach folgt auf Krach. Ein Bankrott zieht den anderen nach sich. Die Arbeitslosigkeit verringert sich. Die Arbeitslosigkeit steigt und mit ihr Hunger und Elend für Tausende und Abertausende. Und gerade die Arbeiterschaft ist der Leidtragende, trotzdem die Arbeiter zweier Nationen eine weit grössere Uebereinstimmung der Interessen miteinander verbindet als Arbeiter und Kapitalisten einer bestimmten Nation, zwischen denen die krasssten Interessengegensätze stehen. Der wahre, vorurtteilsfreie Weltbürger hat sich schon längst über die rein zufälligen, nationalen Grenzen hinweggesetzt und daran gewöhnt, in jedem, der Menschennützlich trägt, vor allen Dingen den Menschen zu ehren. Wer umgekehrt in nationaler Kraftmeierei das Menschentum anderer erst hinter deren Volkzugehörigkeit gelten lässt, hat noch ein gut Teil Barbarei in sich. Mit dem zunehmenden Erwachen der breiten Volksschichten verringert sich die Zahl dieser nationalen Phrasenhelden immer mehr, nimmt in gleichem Masse die Zahl derer zu, die sich als Menschen und Weltbürger fühlen, wird die Barbarei durch die Kultur verdrängt, verringert sich die Möglichkeit des Aufeinanderhetzens zweier Völker, werden die Militär- und Marinerüstungen überflüssig gemacht. Die herrschenden Klassen tragen nichts bei zu dieser Entwicklung, weil die gegenwärtigen Zustände nötig sind zu ihrer weiteren Existenz. Um so mehr sollten es sich die Arbeiter anlegen sein lassen, der Kultur und dem Völkerfrieden die Wege zu ebnen. — Da Heer und Marine aber nicht nur zum »Schutze des Vaterlandes« dienen soll, sondern auch bereit sein müssen, nach dem bekannten Wort nach Befehl auf Vater und Mutter zu schiessen, muss vor allem auch die in den Gewerkschaften organisierte Elite der Arbeiterschaft, die ja bei irgend einer friedlichen Lohnbewegung die schiessende Flinte und den hauenden Säbel zu kosten bekommen kann, an dieser Wegebahn regen Anteil nehmen. Dazu hat jedes Gewerkschaftsmitglied bei den kommenden Reichstagswahlen Gelegenheit.

Und nun zu der mit den Militär- und Marine-rüstungen im innigsten Zusammenhange stehenden Kolonialpolitik. Sie berührt wie jene den Gewerkschaftler zunächst in seiner Eigenschaft als Kulturmenschen. Als solcher könnte er schliesslich der Kolonisierung zurückgebliebener Länder zustimmen, wenn sie zum Zwecke der Verbreitung der Kultur unter den Eingeborenen und deren Hebung auf eine höhere Menschheitsstufe erfolgte. Die Eingeborenenvölker, die noch im Kindheitsalter der Menschheit stehen, bedürfen dieser Erziehung wie unsere Kinder, bedürfen der kulturellen Erschliessung, die ihrem ganzen Wesen nach nur friedlich sein kann. Wie wird aber in Wirklichkeit kolonialisiert? Unsere gegenwärtigen Kolonisierungsmittel

bestehen im neuen Testament, im Branntwein und in der Peitsche! Durch sie werden die Eingeborenen widerstandsunfähig, zaghaft und schüchtern gemacht, damit sie von geldhungrigen Händlern geodpht, von gewissenlosen Farmern als billiges und williges Arbeitsvieh bei der Bewirtschaftung des ihnen abgenommenen Grund und Bodens benutzt werden können. Und wenn sie sich dann wie weiland unsere Vorfahren unter Hermann dem Cheruiker in einem letzten Aufbläcken ihres Selbstbewusstseins auflehnen gegen diese Art der Kolonisierung und Kulturverbreitung, dann werden zum Schutze unserer sauberen »Kulturpioniere« Heer und Marine mobil gemacht! Legt dann der Reichstag einmal die Hand auf den Beutel, dann werden seine Mitglieder wie Gümme, urfolgsame Schulbuben nach Hause geschickt und die Regierung wagt es noch, nach den Taten eines Peters, eines Arenberg, eines Wehla und Leist, von einer »Gefährdung der deutschen Ehre durch den Reichstag« zu sprechen. Gegen eine derartige Kolonialpolitik muss jeder Gewerkschaftler entschiedene Stellung nehmen, und zwar zunächst eben als Kulturmenschen, dann aber auch als Steuerzahler. Die verpulverten Millionen und Abermillionen darf der Arbeiter zwar zum grössten Teil mit aufbringen, aber für ihn sind sie tatsächlich verpulvert! Sie kommen fast ausschliesslich den paar Tausend sehr vermögenden Ansielern, und den Armeelieferanten à la Tippelskirch, Wörmann und ihren Hintermännern zugute. Dass diese und ihre Klassegenossen im Reichstag und in der Presse dann mit allen Mitteln für die Erhaltung unserer »herrlichen« Kolonien arbeiten, versteht sich am Rande.

Dass die Mittel, die zur Erhaltung unseres Kriegsheeres und der Kolonien notwendig sind, in der Hauptsache von der breiten Masse des Volkes aufgebracht werden müssen, das zeigt ein Blick auf unsere Reichsfinanzwirtschaft. Die Einnahmen des Reiches bestehen bekanntlich aus indirekten Steuern auf Lebensmittel und Bedarfsartikel, aus Zöllen, aus den Ueberschüssen der Reichspost und -Eisenbahn etc., wobei im Reichshaushalts-Etat für 1907/1908 als Einnahmen aus Zöllen, Steuern und Gebühren allein 1187630000 Mk. vorgesehen sind, während sich die übrigen Einnahmen nur auf 168841000 Mk. belaufen werden. Der Löwenanteil wird also durch die Besteuerung der Lebensmittel aufgebracht. Wie rapid diese Besteuerung in die Höhe gegangen und, da die Lohnerhöhungen damit bei weitem nicht gleichen Schritt gehalten haben, die Lebenshaltung der ärmeren Klassen zurückgegangen ist, wird ersichtlich aus dem Leitartikel in heutiger Nummer.

Wie steht bei einer derartigen Regierungspolitik die Försorge der Regierung für die tatsächlich rotleidende grösste Klasse des Volkes, die Arbeiterschaft, aus? Was ist die »volle Kompostschüssel« die vielgerühmte deutsche Sozialpolitik bei Lichte besehen? Da werden die grossen Zahlen verrechnet, die alljährlich für die Versicherungszweige verausgabt werden. Trägt nicht aber den grössten Teil dieser Ausgaben durch seine Beiträge der Arbeiter selbst? Werden nicht die 10 Pfg., die der Unternehmer für den industriellen, und die 4 Pfg., die er für den landwirtschaftlichen Arbeiter täglich zur Versicherung beizutragen hat, dem Arbeiter doppelt und dreifach durch gesteigerte Arbeitsintensität wieder abgeklopft? Wird nicht der kleine Beitrag, den das Reich für die Versicherungsausgaben leistet, von den indirekten Steuergroschen des Volkes bezahlt und kommt er neben den ungeheuren Ausgaben für Heer, Marine und andere kulturfeindliche Zwecke überhaupt in Betracht? Und wie schwer wird es den Arbeitern gemacht, die Wohltaten der Versicherungsgesetzgebung zu geniessen!

Wer kennt nicht die berühmten »Renter quetschen«, wer weiss es nicht, dass der auf dem Schlachtfelde der Arbeit oder im Dienste des Kapitalismus ausgebrauchte Arbeiter erst von Pontius zu Pilatus laufen muss, bevor durch ein paar Bettelepennige »für ihn gesorgt ist bis ins höchste Alter?« Sucht man dem Arbeiter nicht die Selbstverwaltung in in dem einzigen Versicherungszweige, den er durch seine Zweidrittelmajorität so ausbauen kann, dass er wenigstens einigermaßen seinen Ansprüchen genügt, mit allen Mitteln zu entwinden? — Jedes Gewerkschaftsmitglied hat das grösste Interesse daran, dass die Sozialpolitik vorwärts gedrängt wird, dass sie die bestehenden Versicherungszweige ausbaut, neue schafft, Arbeiterschutzbestimmungen für gefährliche Berufe erlässt und dem Arbeiter das Koalitionsrecht, das ihm die Möglichkeit des Selbstschutzes gibt, festigt und erweitert! Und dieses vitalste Interesse wahrt der Gewerkschaftler wieder durch die Beteiligung an der Reichstagswahl.

Von der Zusammensetzung des Reichstages wird es abhängen, ob in der gegenwärtigen Klassenpolitik der Regierung eine Aenderung zugunsten der Arbeiterschaft eintritt. Werfen wir daher zum Schluss einen Blick auf die Parteien, die im Reichstag vertreten sind. Von den Konservativen hat die Arbeiterschaft nichts zu erwarten. Sie waren die Antreiber bei der Brotverteuerung durch die Zollgesetzgebung, bei deren Durchdrückung ihnen Zentrum und Nationalliberale unter Zertrümmerung der Geschäftsordnung des Reichstages getreulich sekundierten. Beide Parteien haben sich damit zu Mitschuldigen gemacht an der Hungerpolitik, wie sie auch mit den Konservativen gemeinsame Sache machten in den Bestrebungen zur geistigen Verarmung des Volkes durch die im preussischen Abgeordnetenhause herbeigeführte Verpaffung der Volksschule. Gegner des bestehenden Reichstagswahlrechtes, des Koalitionsrechtes der Arbeiter sind in allen drei Parteien hervorgetreten. Dass auch die freisinnigen Gruppen in keiner Weise Arbeiterinteressen vertreten, das lehrt ihre Stellung zu der Kolonialpolitik bei der Reichstagsauflösung, das lehrt aber vor allen Dingen ihr Techtelmechtel mit den Konservativen und anderen geschworenen Feinden der Arbeiterklasse bei der gegenwärtigen Reichstagswahl. Die wüste Hetze gegen die Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen zeigt den Arbeitern, dass sie auch bei der Wahrung anderer Volkerechte von den Freisinnigen nichts zu erwarten haben. Ihre wahre, unentwegte Vertretung findet die Arbeiterklasse, finden vor allem die Gewerkschaften und ihre Mitglieder nur in der Sozialdemokratie! Das zeigt uns klar und deutlich ihr Wahlprogramm. Es fordert Erhaltung und Erweiterung des Wahlrechtes, ein demokratisches Vereinsrecht, Sicherung des Koalitionsrechtes, einen vernünftigen Normalarbeitstag, weitgehenden Arbeiterschutz, Beseitigung der indirekten Besteuerung und der Zölle durch Einführung einer progressiven Reicheinkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuer, allmähliche Umwandlung des stehenden Heeres in ein Volkheer, eine auf Veröhnung und Veibrüderung der Völker gerichtete auswärtige Politik! Das Programm deckt sich also durchaus mit dem, was die Gewerkschaften für sich und ihre Mitglieder erstreben. Es bedeutet die notwendige politische Ergänzung von deren wirtschaftlicher Betätigung. Im Interesse der Organisationen und aller Gewerkschaftler liegt es daher, wenn jedes Mitglied am 25. Januar zu Wahl geht und seine Stimme für den Kandidaten der Sozialdemokratie abgibt. Der neue Reichstag muss so zusammengesetzt sein, dass alle Pläne der reaktionäre zerschellen und die Kulturbestrebungen des Proletariats den Sieg erringen!

Anzeigen.

Erstklassige Maschinen-Retuscheure

für Berlin in dauernde, angenehme Stellung bei hohem Lohn gesucht.
[3.—] E. & H. Schüssler, Berlin SW., Gitschinerstr. 108.

Wir suchen noch einige tüchtige, in Maschinenretusche erfahrene

Positiv-Retuscheure

in dauernde, gut dotierte Stellung.
Offerten mit Mustern und Angabe der Gehaltsansprüche an
[4.—] Brend'amour Simhart & Co., Düsseldorf-Oberkassel.

Erfahrener tüchtiger [2,70]

Lichtdruckmaschinenmeister,

vertraut mit grossen Formaten findet dauernde, sehr angenehme Stellung.
Eintritt 15.—20. Januar. Gefl. Offerte mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an die

Frankfurter Lichtdruckanstalt
Kayser & Goldschmidt, Frankfurt/M. (Bockenhelm).

Ein tüchtiger

Aetzer

für Auto und Strich wird sofort gesucht von
[1,80] Krey & Sommerlad, Niederseidlitz.

Lichtdruck.

Tüchtiger Präparateur und Photograph sucht sofort Stellung. [—,90]
Offerten befördert die Exped. des Blattes.

Wichtig für Photochemigraphie.

Gut erprobte Rezepte mit prakt. Anleitung von einem langjährigen Fachmann sind billigst abzugeben gegen Einsendung pro Rezept 2 Mark, sämtliche Rezepte gegen Vereinbarung.
[1,05] Postl. Amt 36 München unter K. Z.

1a. 3 und 4 Farbenätzer

auch Schwarz-Auto sucht Stellung.
Offerten erbeten unter S. K. 20
Berlin N. 58, Lychenerstr. 2-3,
[1,00] Quedge. II 1.

Alle Beschwerden über die Redaktion, Inhalt des Blattes oder irgend welche im unmittelbaren Zusammenhange mit der »Graph. Presse« stehenden Angelegenheiten sind stets unter näherer Begründung an die Press-Kommission: Heinrich Werner, Frankfurt a. M., Wiesenstr. 74, zu richten.

Deutscher Senefelder-Bund (Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandte Berufe).

Bericht des Hauptvorstandes über das II. Quartal 1906.

Am Schlusse des I. Quartales 1906 hatten wir einen Mitgliederbestand von 15206, davon gehörten 13349 allen Kassen, 1759 der Kasse II und III und 98 gehörten nur der Kasse II allein an. Im II. Quartal traten ein: 473 mit Eintrittsgeld, 549 ohne Eintrittsgeld (siehe § 13, Abs. 2), wiederingetreten sind 25 und zugereist 1019, in Summa ein Zugang von 2066 Mitgliedern. Demgegenüber steht ein Abgang von 1359, so dass im II. Quartal ein Zuwachs von 707 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Der Abgang stellt sich wie folgt zusammen: Abgereist sind 982, freiwillig ausgetreten 96, zeitweiser Austritt (laut § 8) 64, ausgeschlossen (laut § 9) 185 und verstorben sind 32 Mitglieder. Am Schluss des II. Quartals ist demnach ein Mitgliederbestand von 15913 vorhanden, darunter gehören allen Kassen an 14036, den Kassen II und III 1781 und nur der Kasse II allein gehören 96 Mitglieder an. Zu unterstützen waren am Schluss des Quartales 198 Invaliden und 163 Witwen. Krank waren 328 und arbeitslos 1729 Mitglieder. Neue Mitgliedschaften wurden gegründet in Greiz i. V. und Plauen i. V. Aufgelöst hat sich die Mitgliedschaft Wandsbeck, welche jetzt zu Hamburg zählt, und bestehen mithin am Schluss des Quartals 142 Mitgliedschaften.

Der Kassenbericht in Kasse I (Gewerkschaftskasse) ergibt eine Einnahme von Mk. 90882,17, der eine Ausgabe von Mk. 61751,54 gegenübersteht, so dass in diesem Quartal ein Ueberschuss von Mk. 29130,63 zu verzeichnen ist. Für statutengemässe Unterstützungen wurden ausgegeben: Arbeitslosenunterstützung Mk. 18236,75, Reiseunterstützung 8322,76, Umzugskosten 3964,05 und Massregelungsunterstützung 2487,26, in Summa Mk. 33010,82. Unter sonstige Ausgaben von Mk. 15023,37 befinden sich unter anderen: Für Streiks in Heilbronn 950,93, Emmrich 4612,55, Coburg 272,20, Berlin, Baudoin 435,— und einige kleine Streiks 232,—; in Summa 6511,68, Agitation 1418,75,

für verschiedene Konferenzen 2701,55, Graph. Presse und Rundschau 3672,16, Vorstandssitzungen 60,— und sonstiges 659,23. Der Ueberschuss in Kasse I für die 4 Quartale vom 1. Juli 1905 bis 30. Juni 1906 beträgt in Summa Mk. 75377,91.

Die Einnahme in Kasse II (Krankenunterstützung und Sterbekasse) beträgt Mk. 61874,73, die Ausgabe dagegen Mk. 73173,91 und ergibt sich hier in diesem Quartal ein Defizit von Mk. 11299,18. Es ist dieses Defizit teilweise der Aussperrung zuzuschreiben, denn es sind an Beiträgen Mk. 4000,— weniger eingekommen, an Krankenunterstützung dagegen Mk. 10000,— mehr ausgegeben und wird sich infolgedessen für später ein Ausgleich nötig machen. Für Krankenunterstützung wurden Mk. 61817,—, an Sterbegeld Mk. 2900,— ausgegeben. Unter den sonstigen Ausgaben von Mk. 2502,07 befinden sich für Graph. Presse, Rundschau und Sitzungen Mk. 1866,08, für den Druck der Mitteilungen vom Schlussbericht 2. Quartal 1905, für Honorar des alten Vorstandes und Pension des Kollegen Dietrich Mk. 635,99. Der Ueberschuss vom 1. Juli 1905 bis 30. Juni 1906 beträgt abzüglich des Defizits Mk. 11713 82.

Die Kasse III (Invaliden- und Witwenkasse) schliesst mit einem Ueberschuss von Mk. 15598 01 ab, und steht der Einnahme von Mk. 49204,73 eine Ausgabe von Mk. 33606,72 gegenüber. Für Invalidenunterstützung wurden Mk. 17688,—, Witwenunterstützung Mk. 7016,30 und Sterbegeld Mk. 950,— ausgegeben. Die sonstigen Ausgaben sind die gleichen als in Kasse II. Der Gesamtüberschuss in Kasse III vom 1. Juli 1905 bis 30. Juni 1906 beträgt Mk. 54603 95. Durch Kapitalanlage von Mk. 49910,— hat sich der Reservefonds von Mk. 255642,30 auf Mk. 305552,30 erhöht. Alles übrige ist aus nachstehendem Kassenbericht und den Tabellen zu ersehen.

Einnahmen:

Kasse I (Gewerkschaftskasse).

Ausgaben:

	Mk.	Pf.
Für 473 Eintrittsgelder à 60 Pf.	283	80
„ Beiträge à 60 Pf. in den Mitgliedschaften	87550	80
„ „ „ in der Hauptkasse	91	80
„ „ „ in den Mitgliedschaften	7	—
„ Ordnungstrafe in den Mitgliedschaften	5	43
„ Porto-Ersatz	136	94
„ sonstige Einnahmen in den Mitgliedschaften	157	40
„ „ in der Hauptkasse	2649	—
„ Zinsen	90882	17
Summa:	90882	17
Kassenbestand vom I. Quartal in den Mitgliedschaften	15321	13
„ „ „ in der Hauptkasse	30926	15
Summa:	137129	45

	Mk.	Pf.
Für Reiseunterstützung in den Mitgliedschaften	8270	46
„ „ in der Hauptkasse	52	30
„ Arbeitslosenunterstützung in den Mitgliedschaften	18236	75
„ Umzugskosten in den Mitgliedschaften	3915	15
„ „ in der Hauptkasse	48	90
„ Massregelungsunterstützung in den Mitgliedschaften	2487	26
„ Rechtsschutz in den Mitgliedschaften	466	29
„ Verwaltungskosten in den Mitgliedschaften	5763	53
„ „ der Hauptkasse	1601	59
„ Beiträge an die Bezirksvorstände	1000	50
„ Honorar in den Mitgliedschaften	2448	59
„ Gehalt der Angestellten im Hauptvorstand	868	74
„ des Redakteurs	296	87
„ Entschädigung der Hauptkassen-Revisoren	37	50
„ sonstige Ausgaben in den Mitgliedschaften	1233	74
„ „ in der Hauptkasse	15023	37
Summa:	61751	54
Kassenbestand in den Mitgliedschaften	14276	51
Kassenbestand in der Hauptkasse	61101	40
Summa:	137129	45

* Dieser Kassenbestand ist inzwischen für die Aussperrung ausgegeben.

Einnahmen:

Kasse II (Kranken-Unterstützungs- und Sterbe-Kasse).

Ausgaben:

	Mk.	Pf.
Für 473 Eintrittsgelder (à 35 Pf.)	165	55
„ Beiträge (à 35 Pf.) in den Mitgliedschaften	58830	45
„ „ „ in der Hauptkasse	107	80
„ Sterbegeld-Beiträge in den Mitgliedschaften	18	55
„ Ordnungstrafe in den Mitgliedschaften	46	90
„ Porto-Ersatz in den Mitgliedschaften	3	15
„ sonstige Einnahmen in den Mitgliedschaften	24	63
„ „ in der Hauptkasse	135	20
„ Zinsen von der Reichsbank	2542	50
Summa:	61874	73
Kassenbestand vom I. Quartal in den Mitgliedschaften	6094	64
„ „ „ in der Hauptkasse	16918	36
Bestand des Reservefonds	112467	25
Summa:	197354	98

	Mk.	Pf.
Für Krankenunterstützung in den Mitgliedschaften	61801	—
„ „ in der Hauptkasse	16	—
„ Sterbegeld in den Mitgliedschaften	2550	—
„ „ für Mitglieder-Frauen	350	—
„ Verwaltungskosten in den Mitgliedschaften	2886	07
„ „ in der Hauptkasse	800	80
„ Honorar in den Mitgliedschaften	1633	43
„ Gehalt der Angestellten im Hauptvorstand	434	38
„ des Redakteurs	148	44
„ Entschädigung an die Hauptkassen-Revisoren	18	75
„ sonstige Ausgaben in den Mitgliedschaften	32	97
„ „ in der Hauptkasse	2502	07
Summa:	73173	91
Kassenbestand in den Mitgliedschaften	4299	67
„ „ in der Hauptkasse	7414	15
Bestand des Reservefonds	112467	25
Summa:	197354	98

Einnahmen:

Kasse III (Invaliden- und Witwen-Kasse).

Ausgaben:

	Mk.	Pf.
Für 473 Eintrittsgelder (à 25 Pf.)	118	25
„ Beiträge (à 25 Pf.) in den Mitgliedschaften	41720	50
„ „ „ in der Hauptkasse	80	75
„ „ ausgetretener Mitglieder	57	50
„ Ordnungstrafe in den Mitgliedschaften	3	10
„ Porto-Ersatz	3	05
„ sonstige Einnahmen in den Mitgliedschaften	33	88
„ „ in der Hauptkasse	135	20
„ Zinsen von der Reichsbank	7052	50
Summa:	49204	73
Kassenbestand vom I. Quartal in den Mitgliedschaften	2668	68
„ „ „ in der Hauptkasse	42603	09
Bestand des Reservefonds	255642	30
Summa:	350118	80

	Mk.	Pf.
Für Invalidenunterstützung in den Mitgliedschaften	17688	—
„ Witwenunterstützung in den Mitgliedschaften	6970	80
„ „ in der Hauptkasse	45	50
„ Sterbegeld für Invaliden in den Mitgliedschaften	900	—
„ „ Invaliden-Frauen in den Mitgliedschaften	50	—
„ Verwaltungskosten in den Mitgliedschaften	2859	88
„ „ in der Hauptkasse	800	80
„ Honorar in den Mitgliedschaften	1167	54
„ Gehalt der Angestellten im Hauptvorstand	434	38
„ des Redakteurs	148	44
„ Entschädigung an die Hauptkassen-Revisoren	18	75
„ sonstige Ausgaben in den Mitgliedschaften	20	56
„ „ in der Hauptkasse	2502	07
Summa:	33606	72
Kassenbestand in den Mitgliedschaften	2613	79
„ „ in der Hauptkasse	8345	99
Bestand des Reservefonds	305552	30
Summa:	350118	80

Berlin, den 23. Dezember 1906.

Wilhelm Brall, Haupt-Kassierer.

Für den Haupt-Vorstand:
Otto Sillier. Paul Lange.

Für die Richtigkeit die Haupt-Kassenrevisoren:
Martin Mescha, SO., Adalbertstr. 24. M. Steiner. Conrad Wienecke.

Mitglieder-Statistik, Unterstützungs-Statistik und Beitragsbefreiung

im II. Quartal 1906.

Mitglied- schaften.	Mitglieder-Zugang:				Mitglieder-Abgang:				Mitglieder-Bestand am Quartalschluss:				Zu unter- stützen sind am Ort		Am Quartals- schluss waren Mit- glieder		Vom Beitrag befreit waren:							
	Bestand am Beginn des Quartals	Neu ein- getreten	Wieder einge- treten	Zugewandert	Abgestorben	Freiwillig ausgetreten	Selbst- gen. § 8	Ausgeschlo- ssen	Gestorben	alle 3 Klassen angewandt	nur den Klassen II und III	nur der Krankenkasse allein	in Summa	Invaliden	Witwen	krank	arbeitslos	Neue Erkrankungen im Quartal	wegen Arbeits- losigkeit					
																			Mitglieder	In Sa. Wochen	Mitglieder	In Sa. Wochen	Mitglieder	In Sa. Wochen
Aachen	73	2		4	7			1		60	11		71						5	46			5	19
Altenburg	0									9			10						1	13			1	6
Altwasser	80				17	3		1		74	5		79					1	6			1	6	
Aschaffenburg	11				6	4				9			13					3	7			28	4	
Aschersleben	42	8			12	8				54			54	1				5	2			7	2	
Augsburg	61	2			5	2				53	13		66	4				2	4			12	10	
Barmen	105	22			7	9				119	7		126					83	7			311	27	
Bautzen	153	11			9	9				180			187					11	13			22	4	
Berlin	1370	27	18		30	18	2	16	4	1224	178	8	1410	27	18	31	42	108	537	2035	5	26	680	
Berlin II	492	4	9		16	18	3	5		480	6		495					30	64	308			30	
Berlin III	968	35	40	3	30	25	8	17	2	949	74		1023	5	2	15	423	45	463	2635			57	
Berlin IV	197	4	2		6	2	3			194	10		204	2	1	14	15		15	53			14	
Berlin V	99				1					99			96					4	10	14	40			10
Bielefeld	63	4	4		9	1	2			63	3		66					3	1	6	24			6
Bietheim	33				1					33			33					1	1	2	2			1
Bonn	20				4	5				19			19					1	1	2	1			4
Brandenburg	69	2	5		13	7	1			72	8		81					2	2	1				9
Braunschweig	79	2	5		3	10	1			68	6		74					3	43	4	501			12
Bremen	64	9	3		4	5				71	1		72					1	50	1	430			25
Buchholz i. S.	270	11	18		16	18		4		248	42		290	4	10	3	191	10	210	1596			16	
Bünde i. W.	8				1					8			8											3
Bunzlau	8									8			8											1
Burgstadt i. S.	15		3		1					17	1		18					1						13
Cassel	145	7	6		10	12				115	38	2	155	6	5	4	3	12	45	171			17	
Chemnitz	202	10	21		8	16	7			183	20	2	204	3	4	2	102	9	102	895	2	3	13	
Coburg	13				1					13			13											
Cöslin	69	2			1	2	1			67	2		69					1	26	2	66			19
Crefeld	47				10	6				47	3		50					2						
Danzig	52	2			13	1	1			56	9		65					3	2	2	2			8
Darmstadt	11				5					15			16					1	1	1	2			
Dessau	79	1	3		3					75	10		85					5	4	6				21
Detmold	22				1					23	1		24					1	1	3	4			2
Dortmund	439	4			15	8	1	6	8	402	45		448	6	6	7	3	47	121	409	6	12	229	
Dresden I	22	2			27	7				281	2		301	1	3	2	6	11	80	292	3	3	45	
Dresden II	4				3					7			7					4	22	86			12	
Dresden III	16	2			2					20			20					2		2				40
Düren	99	3	8		11	6	1	2	3	102	7		109	1	2	3	2	4	22	86			38	
Düsseldorf	32	1	1		3					33	2		35					2		5				5
Duisburg	95	1	1		12	9				92	6		98					8	2	2				8
Elberfeld	17	1	1		4	2				15	4		19	1	1	1	2	2	7	1				13
Emmerich	102	7	4		15	8	3	2	2	95	10		105	1	1	4	1	6	1	16				42
Erfurt	49	1	2		11	5				53	5		58					1	5	15	1			
Essen	21	1	1		6	2		1		14	5		19					1	2	6				
Esslingen	85	1	5		6	2		1		83	11		94	1	2			1	5	3	10	1	2	7
Frankfurt a. M.	11									9			11											2
Frankfurt a. O.	394	13			13	19		2	1	268	114	16	398	21	11	14	4	41	88	324			43	
Freiburg i. B.	31		1		1			1		26	6		26					3	4	29			8	
Freiburg i. Schl.	10				2					10	1		10					1		1				4
Fürth	33				2					30	1		31					1		3				18
Göppingen	179	2			15					136	31		167	2	4			20	6	10				91
Görlitz	24									18	6		24					3						3
Gotha	45	3	5		3	4		1		42	9		51	1	1	1	3	2	9	40			5	
Graßhof	21	1	1		3					20	5		25					3	3	11				5
Göppingen	64	1	1		3	3	4			58	7		66					4						16
Görlitz	32	2	1		1	2	1			29	4		33					1	9	51	1	2		2
Gotha	44	3			1	5	1			34	7	1	42	3				2						2
Graßhof	1				6					7			7											2
Halberstadt	37		7		6	5		1	5	40	5		45					2	2	5				5
Halle a. S.	57				5	4				41	7		48					17	23	82				18
Hamburg	538	27	1		82	58	4	13	2	403	80	3	573	11	11			23	36	2	4			148
Hannau	359	3	22		7	16	2	2		322	50	1	373	14	5	12	248	30	264	2345			17	
Hannover	47	1	1		6	5		1		24	26	2	52	1	1	2		4	5	20			7	
Heidelberg	4				5			1		3			3											
Heilbronn	59	2	2		2	12	1			43	9		52	1				37	10	49	208	1	3	9
Herford	31	1	1		2	5	4			25	25		25					2	2	10				4
Hirschberg	25	1	1		3	3	1			24	3		27	1	1	1	2	3	2	10				11
Hof-Göhlmann	18				2					18			18					2	1	1				2
Höxter	12				1					11	1		12					1	1					
Jena	35	3	4		5	7	1			38	1		39					2	3	4	8	1	2	7
Iserlohn	41	1	1		7	7				43	1		43	1	1	1	2	3	4	2				4
Kaiserslautern	7				1					6			6					1	2	2				14
Karlsruhe	129	2	4		8	7	4		1	89	36	5	130	7	3	5	1	5	3	18	1	3		10
Kattowitz	22		1		2	2				21			22					2	2	11				55
Kaufbeuren	91	3	5		17	2		1		84	22		106	3	5	1		19						32
Kempen	12	2			1					12	1		13											
Kiel	32	3			1	7				14	13	2	29					2	1	2				73
Kirchhain	20		5		3	3	2			23			23					2	2	3				
Köln	115	10	2		28	24	1	2	6	112	9	1	122	1	4	2	1	10	4	6				24
Königsberg	37				1	2		2		30	4		34					3	1	12				5
Konstanz	6									6			6											
Laßnitz	9	2	3		12	2	4	6	20	6	1		92	39	2			23	85	299				139
Leipzig	2084	70	151	3	78	72	1	20	6	2137	141	5	2278	8	5	52	72	143	147	555	17	32	173	
Leitshala	75		5		7	20	1	2		61	10		66					2	4	9				12
Lobbeich	11				1					10			10											
Löbbeck	67	2	7		5	6		2																